

Pressemitteilungen des Landkreises Darmstadt-Dieburg

19.05.2026

B 45-Ausbau: Variante 1 ist Vorzugsvariante

Darmstadt-Dieburg. Beim Ausbau der B 45 zwischen Dieburg und Groß-Umstadt ist ein wichtiger Planungsschritt erreicht. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat im Rahmen eines Abstimmungstermins über den aktuellen Stand des Projekts informiert. Nach Abschluss des zweiten Teils der Umweltverträglichkeitsstudie soll nun Variante 1 als Vorzugsvariante an das Bundesverkehrsministerium übermittelt werden.

Das Projekt wird gemeinsam mit dem Land Hessen, dem Odenwaldkreis und den beteiligten Kommunen vorangetrieben. Am 13. Mai 2026 fand in Dieburg der letzte von drei Scoping-Terminen zur Umweltverträglichkeitsstudie statt. Dabei wurden die Auswirkungen der noch verbliebenen Varianten 1 und 3 auf die Schutzgüter der Umweltverträglichkeitsprüfung vorgestellt.

Zuvor waren im Rahmen der Verkehrsuntersuchung insgesamt sechs Planfälle betrachtet worden. Im weiteren Planungsverlauf blieben zwei Varianten übrig. Der wesentliche Unterschied zwischen ihnen liegt in der Gestaltung der Knotenpunkte am Semder Kreuz und am Anschluss der K 125 zur Kompostieranlage.

Variante 3 sieht am Semder Kreuz ein Brückenbauwerk vor. Zudem ist der Anschluss der K 125 dort nicht mit allen Fahrbeziehungen möglich. Bei Variante 1 sind die Knotenpunkte – mit Ausnahme des Dieburger Kreuzes – als plangleiche Knotenpunkte mit Lichtsignalanlagen vorgesehen.

Die Wirkungsanalyse des Büros AFRY zeigte, dass Variante 1 aus Umweltsicht günstiger ist. Ausschlaggebend waren unter anderem der geringere Flächenverbrauch, weniger Eingriffe in wertvolle Biotope, eine geringere Versiegelung sowie geringere Auswirkungen auf Trinkwasserschutzgebiete und Waldflächen mit Klimaschutzfunktion.

Auch in raumstruktureller Hinsicht erwies sich Variante 1 als die bessere Lösung. Da zudem die verkehrliche Wirkung, die sicherheitstechnische Bewertung und die Kosten beider Varianten annähernd gleich eingeschätzt wurden, soll Variante 1 nun als Vorzugsvariante an das Bundesverkehrsministerium weitergegeben werden.